

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:  
Berlin,  
Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. 8. Westr.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnbaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

## Politischer Theil.

### Mundschau.

Berlin, 7. April.

In Deutschland ist in der durch den Habsburg-Hohenzollern'schen Dualismus und Particularismus hervorgerufenen Situation noch immer keine Veränderung eingetreten. Die Kriegsrüstungen nehmen auf beiden Seiten ihren Fortgang und die Mittel- und Kleinstaaten fangen gleichfalls an, ihre Armeen und Armeechen zu mobilisieren. Wie man hört, weist die Antwort des preussischen Kabinetts auf die österreichische Note nachdrücklich auf die österreichischen Rüstungen hin, welche durch die Juden-Crawalle schon aus lokalen Gründen nicht hervorgerufen sein könnten; auch könnte sich Oesterreich nicht bedroht glauben, da es sonst nach seiner eigenen Erklärung den Artikel 11 der Bundes-Acte angerufen haben würde. Preussens militärische Vorkehrungen seien nur durch Oesterreichs drohende Haltung hervorgerufen, welche die Spannung der Lage geschaffen hätte. Preußen weise die Anklage der österreichischen Note, daß es den Frieden stören wolle, zurück, und erkläre, daß es Oesterreich nicht angreifen werde. Die persönlichen freundschaftlichen Gefühle des Königs für den Kaiser bleiben von der politischen Lage unberührt. Die Gefühle Oesterreichs für den preussischen Staat durch Handlungen zu betätigen, werde sich Gelegenheit bieten. Auch spricht man von einer am 2. April hier eingetroffenen zweiten österreichischen Depesche, die sich in der Richtung der Note vom 31. März bewege. Oesterreich soll darin auf Grund des Artikels 11 der Bundesacte den Vorschlag machen, den obwaltenden Conflict vor ein Bundeschiedsgericht zu bringen. Die neueste „Nordd. Allg. Ztg.“ schrieb gestern: „In der Situation hat sich nichts geändert.“ Das ministerielle Blatt nimmt seine, ein paar Tage stirkten Mittheilungen über österreichische Truppenbewegungen wieder auf.

Von den Mittelstaaten verlautet, daß sie bereits Einleitungen zu einem Antrage beim deutschen Bunde getroffen haben sollen, welcher die Kriegsbereitschaftstellung der Bundes-Contingente von Bundeswegen verlangt. Der Antrag soll, falls die Gefahr der Friedensstörung nicht beseitigt wird, ohne Aufschub gestellt werden. Natürlich kann eine Aufstellung der Bundes-Contingente auf den Ausgang des Conflicts zwischen Habsburg und Hohenzollern um so weniger von Einfluß sein, als sich die Mittelstaaten — so viel bis jetzt bekannt geworden — für bewaffnete Neutralität entschieden haben. Aus Hlensburg wird gemeldet, daß Sachsen daselbst Pferdeeinkäufe machen läßt. — Die Gerüchte

von den Friedensvermittelungs-Versuchen des Herzogs von Coburg bestätigen sich. Welchen Ausgleichungsvorschlag aber der Schützen- Herzog und weiland deutsche Kaiserthron-Candidat ausfindig gemacht haben soll, wird nirgends angegeben. Wahrscheinlich ist er ihm selbst unbekannt.

In Frankreich begegnen wir als der wichtigsten Nachricht, der von der Räumung Mexiko's. Der „Moniteur“ hat die Meldung gebracht: „Die französischen Truppen werden Mexiko in drei Abtheilungen räumen; das erste Detachement rückt im November 1866, das zweite im März 1867 und das dritte im November 1867 ab. Es sind zwischen Frankreich und Mexiko Verhandlungen im Gange, um Bürgschaften für die Vorschüsse Frankreichs und für die in mexikanischen Anleihen angelegten französischen Capitale zu erlangen.“ In Mexiko soll jedoch dieses Abkommen, namentlich in den französischen Kreisen, ungünstig aufgenommen worden sein. Selbst der französische Gesandte am Hofe Maximilians hat, wie mexikanische Berichte behaupten, gegen Negotiationen auf einer derartigen Basis förmlich protestirt, und Marschall Bazaine soll seinen entgegenstehenden Ansichten noch in entschiedenerer Weise Luft gemacht haben, weil vom militärischen Standpunkte aus für die Armee nichts bedenklicher sei, als ein Rückzug der französischen Truppen unter einer Art amerikanischen PreSSION. Auch sollen die in Mexiko etablirten Franzosen in große Aufregung versetzt worden sein und eine Denkschrift an den französischen Gesandten gerichtet haben, worin sie besagen, daß sie ihre Niederlassungen nur in dem Vertrauen auf den permanenten Schutz Frankreichs in Mexiko gegründet hätten. Dagegen soll Maximilian sich ohne Weihe zum bösen Spiel gemacht haben. Die Juaristen suchen selbstverständlich die Situation so gut als möglich zu verwerthen. So soll der juaristische Gesandte in Washington, Senator Romero, an Herrn Seward einen Brief geschrieben haben, wonach, wie Romero aus den zuverlässigsten Pariser Quellen erfahren haben will, der Kaiser Napoleon beabsichtige, in der mexikanischen Frage den Weg einzuschlagen, Maximilian aufzugeben und die mexikanische Republik mit dem Marschall Bazaine als Präsidenten ad interim wiederherzustellen. Doch bedarf diese vorläufig noch unwahrscheinliche Nachricht sehr der Bestätigung. — Ueber die Haltung Frankreichs zum Habsburg-Hohenzollern'schen Conflict spricht sich nun auch die „France“ in demselben Sinne aus, wie es „Constitutionnel“ und „Pays“ gethan haben: für vollständige Neutralität des Kaiserreichs. — Die Conferenz für die Donaufürstenthümer-Frage hat am 7. d. M. ihre vierte Sitzung abgehalten. Ueber die Verhandlungen herrscht das tiefste Schweigen. Die „Postztg.“ läßt sich sogar aus Paris telegraphiren, die Conferenz habe sich der Kriegseventualität gegenüber auf unbestimmte Zeit vertagt. — In Rumänien

mehren sich die Anzeichen ernstlicher Ereignisse. Die Berichte der französischen Agenten sprechen von einer großen Aufregung unter dem Landvolke, und man befürchte den Ausbruch anarchischer Zustände, gegen welche fremde Hülfe in Anspruch genommen werden müsse. Bemerkenswerth ist hierbei eine Mittheilung der „Gen.-Corr.“ aus Bucharest, wonach, bei dem Ausbruche eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen, Rußland die Walachei und die Moldau durch eine Armee occupiren werde. Von großer Bedeutung ist daher ohne Zweifel die jetzt schon im Süden Rußlands aufgestellte Militärmacht. Es sollen dort 45 Bataillone Infanterie und 20 Schwadronen Kavallerie, sowie 140 Geschütze in der Nähe von Balta zusammengezogen sein, welche auf der Eisenbahn in wenigen Tagen nach der rumänischen Grenze geschafft werden können. Und aus Bucharest erzählt man, daß man auch dort sich mit Rüstungen beschäftigt. Der Kriegsminister hat einen Aufsat an die rumänische Jugend erlassen, worin er den Wunsch ausdrückt, daß dieselbe zwei Bataillone Jäger und zwei Batterien Artillerie formire. Am 1. April hat eine große Truppschau in Bucharest stattgefunden. Wozu alle derartigen kriegerischen Schauspiele, zumal da der Telegraph versichert, daß die Wahlversammlungen in Rumänien mit der größten Ordnung vor sich gingen? Diese Ruhe scheint indessen nur auf der Oberfläche zu walten. Andere Nachrichten wollen wissen, daß die Bevölkerung der Moldau bis auf eine verschwindend kleine Minorität gegen die Vereinigung der beiden Fürstenthümer sei, und daß man fast allgemein den Herzog von Leuchtenberg zum Hospodar für die Moldau verlange. Weiteres ist allerdings noch abzuwarten; aber jedenfalls findet man in den obenangeführten militärischen Vorkehrungen, wobei auch die türkischen besonders in Betracht kommen, — einen neuen Grund zu Vermuthungen, daß die Donaufürstenthümer-Frage ohne gewaltsamere Erschlitterungen nicht gelöst werden dürfte.

In England nimmt die Reformbewegung fortwährend die Bemühungen der Radikalen à la Bright in Anspruch. In Sheffield und Edinburgh wurden Meetings zu Gunsten der Regierungsbill zu Stande gebracht und die Freunde der Regierung sprengen das Gerücht aus, daß sich das Cabinet jetzt geficherter fühle und auf eine Majorität von 12 bis 14 Stimmen rede. Gleichzeitig erzählt man aber auch, daß die Gerüchte von einer Parlamentsauflösung wieder im Umlauf seien. Die Reformfreunde glauben nämlich, daß eine solche Drohung eine gewisse PreSSION auf das Parlament ausüben und den Erfolg der Reformbill sichern werde, da eine Menge von Mitgliedern lieber für die Bill stimmen, als sich den Kostspieligkeiten einer neuen Wahl unterwerfen würden. — Hinsichtlich der Stellung Englands zum Habsburg-Hohenzollern'schen Conflict ist es nach der feudalen „Zeidl. Corresp.“ unrichtig, daß das Londoner Cabinet an die Regierung des Kaisers der Fran-

zosen die Frage gerichtet habe, ob dieselbe mit England zum Zwecke einer vermittelnden Intervention cooperiren wolle. England habe im Gegentheil den wiederholten Versuchen des französischen Gesandten in London, es über die schleswig-holsteinische Angelegenheit neuerdings zum Sprechen zu bringen, die bestimmte Versicherung entgegengestellt, daß es der ganzen Sache fern zu bleiben gedenke. Die britische Regierung soll es sich sogar in Paris haben sehr angelegen sein lassen, den Eindruck hervorzurufen, als ob sie selbst durch die erste Eventualität eines Eingreifens Frankreichs in die Ereignisse nicht bewegt werden würde, ihre Passivität anzugeben.

In **Russland** soll seit einigen Tagen wieder große Bewegung unter den Truppen im Königreich Polen herrschen, die so aufgestellt werden sollen, daß ein Corps von 40-50,000 Mann innerhalb drei Tagen an jedem beliebigen Punkte des Königreichs kriegerisch erscheinen kann. Ingenieur-Officiere bereiten die Pläne längs den Grenzen und sammeln topographische Bemerkungen. Man bereitet sich für alle Fälle unter der Regide des noch bestehenden Kriegszustandes vor. Nach einer neuesten Nachricht sollen jedoch alle militärischen Maßregeln stillstehen.

Auch aus **Dänemark** dringen kriegerische Meldungen: In der Sitzung des Reichsraths Landsthings vom 5. April forderte Ploug den Marine-Minister mit Hinweisung auf die Möglichkeit eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich auf, die dänischen Panzerschiffe auszurüsten und vor Kopenhagen zu concentriren, um Kopenhagen und Seeland gegen einen etwaigen Ueberfall Seitens der preussischen Flotte zu sichern. Orla Lehmann unterstützte den Ploug'schen Antrag, während Andrae es für inopportun erklärte, der Regierung dergleichen Rathschläge zu ertheilen. — In der Sitzung des Reichsrathsfolketings vom 3. April legte der Kriegsminister eine Reihe Abänderungsvorschläge für die Schlußberatung des Kriegsbudgets vor, darunter eine Creditbewilligung für unvorhergesehene Extra-Ausgaben gegen Ablegung eines Rechenschaftsberichtes.

Eine wichtige Nachricht liegt aus **Griechenland** vor. Dieser zufolge erwartet man in Athen täglich den Ausbruch einer Revolution; der Hafen Piraeus fällt sich bereits mit fremden Kriegsschiffen, um im Falle der Noth ihre Staatsangehörigen zu beschützen. Der jugendliche König ist völlig rathlos geworden. Die angebotene militärische Befehung Seitens der Schymächte macht auf das Volk gerade den umgekehrten Eindruck des beabsichtigten. König Georg wird demnach schwerlich so lange, wie seine Vorgänger auf dem Throne sitzen. Ferner meldet die neueste Post aus Athen, vom 31. März, daß die Regierung beabsichtige, mit der jonischen Bank in Corfu ein Anlehen im Betrage von 4 Millionen Drachmen abzuschließen.

Laut Nachrichten aus **Konstantinopel** hat die Pforte beschlossen, das erste Armeekorps, welches die großherrliche Garde umfaßt, auf die volle Stärke von 25,000 Mann zu erheben; die Kavallerie-Regimenter aller sechs Armeekorps sollen auf volle Feldstärke gebracht werden.

Aus **Spanien** ist ein von der „Epoca“ veröffentlichtes Schreiben des Gouverneurs von Spanien von Interesse, worin derselbe seine Demission motivirt. Er erklärt, deshalb zurückgetreten zu sein, weil die Regierung nicht, wie es notwendig sei, der Bank Baarvorräthe geschafft habe. Die Panik auf dem spanischen Geldmarkt sei eine Folge der schwierigen Situation dieses Staates.

Aus **Nordamerika** meldet der „New-York-Herald“, daß die Regierung von Washington ein sitzendes Geschwader nach der britisch-nordamerikanischen Küste beordert hat. Die Gründe, die dafür angeführt werden, sind: Die Versammlung der britisch-westindischen Flotte bei Halifax, die Fieberbewegung und die Folgen des Ablaufes des Reciprocitätsvertrages für die amerikanischen Fischereien.

Aus **Brasilien** wird berichtet, daß die Paraguiten zwei Mal über den Parana gingen, und daß Seitens der Allirten die Ueberschreitung des Flusses wohl nächstens stattfinden werde. —

Die „Kölnische Zeitung“ und die „europäische Revolutionspartei“ haben sich ein Rendezvous gegeben.

Ob wir verrückt geworden sind, wird der stauende Leser fragen, dem die gestrige „Köln. Ztg.“ nicht zu Gesicht gekommen ist.

Nein, müssen wir antworten; es ist wirklich so; die „europäische Revolutionspartei“ hat der „Köln. Ztg.“, oder umgekehrt, die „Köln. Ztg.“ hat der „europäischen Revolutionspartei“ einen Besuch abgestattet.

Ist es möglich?

So ist es. Sie sind zusammengekommen, gestern, in der Nähe des Redactions-Büreaus der „Köln. Ztg.“, in denjenigen Räumen, wo der Inzeratenthail des Blattes redigirt wird, in der Expedition der „Köln. Zeitung“.

Ob das fragliche Inzerat als zu jenen gehörig angesehen wurde, deren Aufnahme, ihres bedeutlichen Characters wegen, von einer Entscheidung der Redaction des Blattes abhängig gemacht zu werden pflegt — wer kann das wissen?

Es bleibt uns daher nichts übrig, als es dem Ermessen unserer Leser anheimzustellen.

Bevor wir aber zur Mittheilung des höchst bedäutendwerthen Inzerates schreiten, welches der unergüblichen „europäischen republikanischen Partei“ in die Spalten der „Köln. Ztg.“ zu bringen gelungen ist, wollen wir nur eine ganz kurze Betrachtung anstellen über die „Köln. Ztg.“ selbst, welche so gefällig war, ihre Inzerations-Spalten dem anonymen Republikaner zu öffnen, der es sich freilich ein schön Stück Geld hat kosten lassen müssen, — umsonst wird es die „Köln. Ztg.“ doch wohl nicht gethan haben? — seinen Ansichten über die Habsburg-Hohenzollern'schen Hegemoniebestrebungen in der „Köln. Ztg.“ Ausdruck zu geben; denn — man höre und staune — das fragliche Inzerat ist mit größerer Schrift und alle hervorragenden, in unserem Abdruck durch gesperrte Schrift angezeigten Stellen sind mit großer fetter Schrift gedruckt.

Also zur „Kölnischen“! Sie ist bekanntlich dasjenige Bourgeoisblatt, welches die innere Politik des Grafen Bismarck vom schwarzen Standpunkte aus so löwenförmig bekämpft, daß es außer aller Fassung geräth und thut, als ob die Welt eingestürzt wäre, wenn es einmal, was selten vorkommt, confiscirt wird und zwar nicht etwa wegen eines Redactions-artikels, sondern ob eines ihm von außerhalb zur Veröffentlichung zugehenden Schriftstücks, das nicht gut zurückzuweisen ist.

Ebenso bekannt wie durch ihre Bekämpfung der inneren Politik des Grafen Bismarck ist die „Köln. Ztg.“ als Bertheiligerin und Lobpreiserin der auswärtigen Politik des preussischen Premiers, in so weit sich dieselbe innerhalb der schwarzen-weißen Grenzen bewegt.

Damit genug! Hören wir nun den insertionsbedürftigen Republikaner.

Er schreibt:  
An Se. Excellenz Graf Bismarck.

Excellenz!  
Es war wenige Tage vor dem Treffen bei Miffunde, als ein Mann bei Ihnen einige Stunden verbrachte, welcher zu Ihren Feinden zählte. An Ew. Excellenz Schreibtisch saßen an jenem Sonntage mehr als zwei Menschen, es saßen einander zwei Principien gegenüber: der Royalismus und der Republikanismus. Beide verständigten sich über den einen Punct, daß das Wohl des Vaterlandes höher stehe, als die Interessen der Parteien, und Ew. Excellenz gewannen eine politische Arbeitskraft, welche zu viele Beweise erhalten hat, daß man sie nicht unterschätzt, um sich nicht das Recht vindiciren zu dürfen, heute, Angesichts der drohenden Lage unseres Vaterlandes, ein offenes Wort an E. C. zu richten.

Excellenz! Mit derselben Ruhe und Kaltblütigkeit, mit welcher der Republikaner Ihnen vor zwei Jahren erklärte, die Aufgabe Preußens sei Niederwerfung des modernen Parlamentarismus und die Annexion der Elbherzogthümer, mit derselben Unbefangenheit behauptet er heute, daß Plumpheit und Ungeschicklichkeit der Subalternen eine große Idee demselben verfahren haben, daß es, um diese Idee zu retten, einer Anstrengung

bedarf, welche das gewöhnliche Geleise der Staatskunst zu verlassen hat.

Jener Plumpheit und Ungeschicklichkeit ist es zuzuschreiben, daß E. C. heute in der öffentlichen Meinung von ganz Europa isolirt stehen, als je zuvor, daß E. C. für die Sünden von Crispien zu büßen haben, welche mit E. C. entweder einen servilen Höhendienst trieben oder im blinden Eifer eine Bachstufen-Atmosphäre an die Stelle einer gesunden politischen Luftströmung brachten. Der Speer des Achilles, der die Wunden, die er schlägt, zu heilen verhehrt, ist den Händen E. C. entwunden. Der Vortheil der Situation, einen Krieg zu führen, der, als solcher populair ist, und wo die Folge dem Unverstand der Menge Schweigen gebieten, dieser Vortheil existirt heute nicht. Man wird sich nicht gegen die Waffen Oesterreichs allein zu schlagen haben, sondern gegen den unsichtbaren Feind der gefährdeten materiellen Interessen von ganz Europa.

Bedürfte es aber vor 2 Jahren einer neuen Idee, um eine Diverston in die Reihen der Feinde E. C. zu bringen, zündete der Gedanke der Annexion positiv und negativ und lähmte er E. C. Widerfacher: so ist der gegenwärtige Moment ungleich kritischer, da es sich darum handelt, einen deutschen Bundes- und Bürgerkrieg zu entzünden. Ein solcher Krieg ist kein lokaler, bei welchem man über die öffentliche Meinung zur Tagesordnung schreiten darf, um an den Erfolg zu appelliren, denn die Erfolge sind in ihm selber stets mit dem Odium vergossenen Bruderblutes behaftet, und das drohende Gespenst der „orientalischen Frage“ lauert im Hintergrunde, um die Brandsadel in ganz Europa zu werfen.

Die Analogie des 7jährigen Krieges mit der heutigen Situation ist eben so falsch. Der große König hatte eine öffentliche Meinung in Europa für sich, welche heute fehlt.

Diese öffentliche Meinung zu schaffen, muß daher die Aufgabe sein, wenn anders der Krieg sich nicht vermeiden läßt, und ist dazu ein neues Wort der Loosung erforderlich.

Ich habe nicht zu fragen, ob dieses Wort gut oder schlecht ist; es handelt sich nur um die Zweckmäßigkeit desselben, und habe ich daher zu konstatiren, daß, wenn der Krieg unvermeidlich ist, er über sein ostensibles Ziel hinaus zu gehen, und ein Eroberungskrieg zu werden hat. Zwingt Preußen Oesterreich zum Krieg, oder umgekehrt, so ist es ein Krieg um die Alleinherrschaft in Deutschland, es ist ein Krieg von wesentlich revolutionärem Charakter, und es liegt in der Natur der Sache, daß der Theil, welcher die Kriegserklärung ergehen läßt, als der Repräsentant der Revolution angesehen wird. Man kann in diesem Kriege nicht zwei Herren dienen; man hat sich zu entscheiden zwischen der Legitimität und der Revolution; die Nothwendigkeit gebietet hier, daß man ausspreche, specifisch preussisch zu sein, denn der Krieg wird auf beiden Seiten den alten kriegerischen Stamm der Armeen hinwegraffen und jüngere, ungeschultere Elemente in die Bataillone bringen, welche von einem Geiste befeelt sein wollen, um zu ersehen, was ihnen an militärischer Routine fehlt.

Auf den Krieg hofft und wünscht ihn — die revolutionäre Partei in ganz Europa; die republikanische Partei, sie, welche sich bewußt ist, daß in Deutschland die Bedingungen zu einer Republik fehlen, fürchtet den Krieg wenigstens nicht, denn es ist ihr um die Einheit des Vaterlandes zu thun. Der Rest der Nation — ich gebe zu, die Majorität — ist gegen den Krieg, und die Kriegspartei in Preußen ist so durch eine in der Geschichte nicht neue Verkettung von Umständen der Bundesgenosse der Revolution und des Republikanismus geworden.

Hat man diese Allianz — weil sie nothwendig war — in dem dänischen Kriege nicht desavouirt, so ist sie heute um so mehr zu acceptiren, wenn man den Bürgerkrieg zu führen entschlossen ist. Nicht der Schreiber dieser Zeilen predigt einen solchen Bürgerkrieg, wohl aber deutet er auf die Nothwendigkeit hin, daß E. C. aus Ihrer Isolirtheit in demselben herauszutreten und durch eine Lösung ohne Beispiel die Geschichte Preußens mit denen Deutschlands zu identificiren haben. —

Es giebt also nur zwei Wege für die preussische Staatskunst:

Entweder die revolutionären und republikanischen Elemente in Europa an die preussischen Fahnen zu fesseln; oder: Frieden mit Oesterreich.

Unter Wille auf beiden Seiten, ehrenvolle Aneinandersehung Beider.

Bürgerkrieg oder Compensation.

A Florenz, den 31. März 1866.

Wir halten es für völlig überflüssig, auf den Inhalt dieses neuen, immerhin aus gewissen Gründen sehr beachtenswerthen Fabrikates näher einzugehen, das, wie es fast den Anschein hat, von derselben Firma ausgeht, wie die jüngst mitgetheilten Altonaer und Brüsseler Manifeste.

Dieher hat es uns als eine müßige Sache ge-